Benedikt Sturzenhecker

Begründungen und Qualitätsstandards von Partizipation – auch für Ganztagsschule

1. Partizipation und Schule - keine selbstverständliche Kombination

Als Arbeitsdefinition von Partizipation kann angenommen werden: Partizipation ist das Recht, sich als freies und gleichberechtigtes Subjekt an kollektiven und öffentlichen Diskussionsprozessen und Entscheidungen in Institutionen, Politik, Staat und Gesellschaft zu beteiligen und dabei eigene Interessen zu erkennen, öffentlich einzubringen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, sie zu begründen, zu prüfen, zu entscheiden, zu verantworten und sie zu revidieren. Partizipation ist die Praxis von Demokratie.

Diese allgemeine Definition gilt auch für Kinder in Schule. In pädagogischen Zusammenhängen muss betont werden, dass Partizipation nicht als Gnade von wohlmeinenden Pädagoginnen und Pädagogen gewährt werden sollte, sondern als *Recht* für die Kinder einforderbar und umsetzbar sein muss. Der zweite Teil der Definition beschreibt den Partizipationsprozess. Typisch für demokratische Partizipation ist, dass ihre Entscheidungen in der Praxis geprüft werden, sich dabei als falsch herausstellen können und revidierbar sein müssen. Das gilt erst recht für die Entscheidungen von Kindern, die die Chance haben sollten, die Folgen von Entscheidungen zu erkennen und aus ihren „Fehlern“ zu lernen.

Ein solcher Blick auf Partizipation als Recht ist für Schule ungewohnt. Vergleicht man Charakteristika einer (hier allerdings pointiert dargestellten) traditionellen Schule mit einer Partizipationsorientierung an Schule, lassen sich viele Unterschiede erkennen: So ist traditionelle Schule gekennzeichnet durch Differenz, die sich vor allen Dingen aus dem unterschiedlichen Machtstatus der Beteiligten, aber auch aus der unterschiedlichen Leistung der Schülerinnen und Schüler ergibt. Partizipationsorientierung zeichnet sich hingegen durch Gleichheit in Bezug auf das Recht auf Beteiligung aus. Traditionelle Schule geht von einem Kompetenzmangel der Schülerinnen und Schüler aus (sie sollen ja etwas lernen, d. h. sie können etwas noch nicht); Partizipation hingegen unterstellt bereits Kompetenzen, mindestens zur Beteiligung. Traditionelle Schule setzt auf individuelle Leistungen und Leistungsergebnisse, die sie mit Noten bewertet, dabei muss sie auf Richtigkeit achten. Partizipationsorientierung hingegen will kooperative Lösungen herstellen, konzentriert sich auf die gemeinsame Bewältigung von Problemen (insofern auf den Prozess) und ihr Kriterium ist die Angemessenheit der gemeinsamen Entscheidungen. Traditionelle Schule ist vielfach von Hierarchie und einem Befehlsmuster „top-down“ gekennzeichnet; Partizipationsorientierung setzt auf Demokratie und Aushandlung „bottom-up“. In einer traditionellen Schule wird „von oben“ gesteuert und das gilt auch für das Lernen, der/die Schüler/in wird so zum Objekt von Lehre. Partizipationsorientierung setzt auf Selbst- und Mitbestimmung und dieses bezieht das Lernen mit ein. Damit werden die Schülerinnen und Schüler zu einem sozialen Subjekt, das sich selbst und sein Lernen in Gemeinschaft mitbestimmt. Zwar befindet sich vor allen Dingen die Grundschule gegenüber der hier skizzierten Schule in einem deutlichen Wandel und hat schon viele Elemente von Partizipationsorientierung aufgenommen, dennoch ist Partizipation an Schule nicht selbstverständlich und verlangt nach Begründungen.

2. Begründung und Ziele von Partizipation an Schule

Partizipation ist ein Recht, besonders von Kindern, aber auch von Eltern, Lehrern und anderen Beteiligten (vgl. Sturzenhecker 2005 b). Das ergibt sich zum einen aus dem Grundgesetz, das ja auch für Kinder gilt und sie als Bürger dieser Demokratie definiert. Als solche haben sie die allgemeinen bürgerlichen Rechte, auch die der Partizipation. Die UN-Kinderrechte in Artikel 12 bestehen auf der Meinungs- und Informationsfreiheit für Kinder und Jugendliche und auf der Notwendigkeit, die Meinungen der Kinder angemessen zu berücksichtigen. Für die Jugendhilfe macht das SGB VIII (KJHG) viele eindeutige Beteiligungsvorschriften für Kinder und Jugendliche, besonders in § 8 ist geregelt, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Entwicklungsstandes an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen sind. Der SV-Erlass NRW von 1979 fordert gerade für die Grundschule, dass sie auf die Arbeit und die Aufgaben der SV vorbereitet, indem Kindern Selbstverantwortung und Selbstständigkeit möglichst früh im Unterricht und durch Übertragung ihnen angemessener Aufgaben entwickelt und gefördert wird. Hier wird auch deutlich die Partizipationsaufgabe für den Unterricht definiert und nicht nur für den Nachmittagsbereich.

Partizipation übt Demokratie. Wenn die Schule die Schule der Nation sein soll, dann muss in einem demokratischen Staat auch Partizipation schon in der Schule gelten und geübt werden. Demokratie ist kein „Sahnehäubchen“, sondern Grundprinzip unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens. Partizipation wird Kindern nicht erst gewährt, wenn sie „brav gelernt“ und sich „brav verhalten“ haben, sondern sie steht ihnen zu wie allen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch. Demokratie allerdings lernt man durch die Praxis von Demokratie (so zeigen es die Ergebnisse im Anschluss an die Kohlberg-Forschung zur Entwicklung moralischen Bewusstseins). Sie lernt man nicht durch künstliche Übungen und didaktische Anleitung, sondern indem demokratische Freiräume für eigene und gemeinschaftliche Entscheidungen gewährt werden. Demokratie muss besonders geübt werden angesichts weniger Erfahrungsfelder und des aktuellen Politikverdrusses bei Kindern und Jugendlichen, aber auch in der Gesellschaft allgemein.

Partizipation fördert Bildung. Aus Sicht der Jugendhilfe ist Bildung mehr als Schule und die Vermittlung von Wissen und Qualifikationen. Bildung ist eine selbsttätige Aneignung des Subjektes von Welt und Selbst in ihrem Zusammenhang (und dieses gilt seit von Humboldt). Menschen müssen sich alles letztendlich selber beibringen. So hält Laewen (1999, S. 14) fest: „Es besteht keine Möglichkeit, einer direkten Übertragung von Erfahrung/Wissen/Kompetenzen von Erwachsenen auf Kindern. Zwischen der anzueignenden Kultur und dem Kind steht grundsätzlich eine Konstruktionsleistung des Kindes. Pädagogik muss deshalb auf die Vorstellung verzichten, Kindern (und Erwachsenen) etwas beibringen zu können.“ Wenn man also Subjekt des eigenen Lernens ist, muss die Person dieses auch mitbestimmen können und es muss die aktive gemeinschaftliche Selbstgestaltung des Lernens und Lebens gefördert werden. Pädagogische Aufgabe wird die Assistenz und Ermöglichung solcher Bildung und nicht die Vorbestimmung und Manipulation.

Partizipation fördert Handlungskompetenzen als „Selbst-, Sozial-, Sach- und Methodenkompetenz“ (KMK 2000). Empirische Forschungen zu den Wirkungen von Partizipation in der Kita (Knauer u. a. ...) zeigen, dass Partizipation vor allen Dingen die Selbst- und Sozialkompetenz fördert, ebenso wie die Methodenkompetenz, in der es darum geht, sich Sachen zu erschließen und anzueignen, eigenes Lernen zu reflek-

tieren und zu optimieren, zum Moderieren, zum Präsentieren usw. Ebenfalls werden auch Sachkompetenzen zu den jeweiligen Projektinhalten angeeignet.

Partizipation hilft, Schule zu einem Lebensort zu machen. Dieses entspricht auch den Zielen Offener Ganztagsschule (vgl. Grundsatzerlass NRW), für deren Erreichung Partizipation eine wichtige Bedingung ist. So kann eine neue Lernkultur und bessere Förderung auf der Basis selbstständigen und gegenseitigen unterstützenden Lernens erreicht werden, das durch Partizipation gefördert wird. Die Zusammenarbeit von Lehrer(inne)n und anderen Professionen verlangt eine Partizipation auf Augenhöhe. Zeit für Bildung, Erziehung, individuelle Förderung, Spiel und Freizeitgestaltung setzt voraus, dass partizipativ gemeinsam Inhalte, Formen und Prioritäten solcher Aktivitäten geklärt und entschieden werden. Das Ziel, ein am Bedarf der Eltern und Kinder orientiertes umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot zu schaffen, kann nur über die Partizipation erreicht werden, wenn Eltern und Kindern ermöglicht wird, genau ihre Bedarfe einzubringen und mit Schule umzusetzen.

Partizipation hilft, alle Kompetenzen zu entwickeln und nicht nur Wissen anzueignen. Sie ermöglicht, Schule als einen gemeinsam gestaltbaren und mitbestimmbaren Ort zu erfahren und sich darüber mit ihm zu identifizieren. Praxisprojekte zeigen, dass Partizipation die Mitverantwortung fördert, ja man kann sagen: die Entwicklung von Verantwortlichkeit setzt Partizipation voraus.

Partizipation hilft, Beteiligte einzubeziehen, also Kooperation und den Lebensort Schule zu optimieren. Ganztagsschule als Lebens- und Kooperationsort verlangt, dass die unterschiedlichen Interessen einbezogen und gemeinschaftlich bewertet und umgesetzt werden. Partizipation hilft, zu koordinieren und zu kooperieren. Sie erlaubt, voneinander zu lernen und unterschiedlichste Kompetenzen einzubeziehen. Damit werden Konflikte entweder schon vermieden oder besser gelöst. Das ermöglicht für alle Identifikation und Zufriedenheit.

3. Voraussetzung und Kompetenzen für Partizipation

Kinder, gerade im Grundschulalter, bringen beste Voraussetzungen für Partizipation mit. Die Latenz (also die späte Kindheit) ist die ideale Phase „realistischer Partizipation“ "Das Hauptargument, Kinder an Entscheidungsprozessen in ihrer eigenen Entwicklung und an ihrer eigenen Zukunft zu wenig teilhaben zu lassen, liegt in der voreiligen naivpsychologischen Annahme, Kinder seien noch unfähig, Entscheidungen über sich zu treffen, weil sie (a) noch nicht richtig denken könnten und (b) die Folgen ihrer Entscheidung noch nicht übersehen würden. Diese Annahmen müssen zumindest relativiert werden. ... Auf der Verständnisebene des jeweiligen Entwicklungsniveaus können Kinder schon mindestens ab drei Jahren mitreden und mitbestimmen. Mit sechs bis sieben Jahren sind sie bereits ernstzunehmende Partner. Ab nun gibt es keine Entschuldigung mehr dafür, sie nicht an den Entscheidungen, die sie selbst betreffen, mitwirken zu lassen. Im Gegenteil, im Regelfall sollte die kindliche Meinung den Ausschlag geben, sofern dem Kind die nötige Information zur Verfügung steht." (Oerter, zit. n. Frädrich/Jerger-Bachmann 1995, S. 106)
Besonders aber Erwachsene (das sind die beteiligten PädagogInnen aus Schule und der Jugendhilfe, ebenso wie die Eltern) sollten wichtige Voraussetzungen erfüllen (vgl. zum Folgenden auch Knauer/Sturzenhecker 2005). So geht es darum, den Kindern Anerkennung und Zutrauen entgegen zu bringen; d. h. ihnen mehr Mündigkeit zu unterstellen als sie aktuell haben. Dieser pädagogische Kunstgriff hilft, mit dem Paradox umzugehen, dass man Mündigkeit nicht unter den Bedingungen von Unmündigkeit herstellen kann. Subjekthaftigkeit und damit Fähigkeit zu Demokratie und

Partizipation kann allerdings gefördert werden, wenn Freiräume der Selbstbestimmung und Mitentscheidung eröffnet werden. Dazu muss man allerdings momentan mehr Mündigkeit zutrauen als faktisch vorhanden ist. Die pädagogische Erfahrung zeigt, dass Kinder diese Freiräume nutzen und Partizipationskompetenzen entfalten. Damit sollten sich Erwachsene als Bildungsassistenten verstehen, die die Selbstentwicklung der Kinder unterstützen statt sie nach ihren eigenen Kriterien zu formen. Sie sind dann mehr Ermöglicher und Eröffner statt Bestimmer. Partizipation kann nur funktionieren, wenn die Erwachsenen Macht abgeben, d. h. dass die Kinder wichtige Entscheidungen fällen können, die Folgen in der Realität haben müssen. Solche Prozesse verlangen aber auch, Offenheit auszuhalten, denn Lösungen stehen erst am Ende von partizipativen Prozessen fest und müssen argumentativ errungen werden. Dafür ist es nötig, Kindern zuzuhören, sich in sie hinein zu versetzen und sie im Dialog besser zu verstehen. Das kann nur gelingen, wenn man sich den Vorstellungen und Ideen der Kinder wirklich öffnet und es nicht schon im Vorhinein für sie besser weiß. Partizipation bedeutet auch, Differenz und Konflikte auszuhalten, denn es stoßen unterschiedliche Interessen und Menschen aufeinander, die gelegentlich auch in einem Streitprozess gemeinsame Lösungen suchen. Konflikte sollten somit nicht als pädagogisches Problem, sondern geradezu als Beförderung von Entwicklungen angesehen werden. Erwachsene werden dann eine fehlerfreundliche Haltung entwickeln, die es auch erlaubt, dass Entscheidungen gefällt werden, die die Beteiligten erst später als falsch erkennen und dann revidieren können. Insofern sind auch Geduld und Vertrauen auf die Lernfähigkeit der Kinder Voraussetzungen gelingender Partizipation. Schließlich verlangt Partizipationsförderung von Erwachsenen auch, sich selber als politische Subjekte zu verhalten und zu lernen, politisch zu handeln. Auch ihre Interessen sind berechtigter Teil des gemeinsamen Entscheidungsprozesses und müssen eingebracht werden, aber auch darüber hinaus geht es darum, sich in Institutionen und in der Gesellschaft demokratisch einzubringen und sich an Diskursen und Entscheidungen zu beteiligen.

Für die Pädagogen und Pädagoginnen (aus Schule und Jugendhilfe) ergeben sich auch vielerlei Kompetenzen und Voraussetzungen. So ist es ihre Aufgabe, Partizipation einen Rahmen zu geben, wenn man so will: „Regeln der Freiheit“ einzubringen und sie zu schützen. Partizipation ist kein Chaos, sondern bedarf einer methodischen und transparenten Strukturierung. Zur Gestaltung dieses Rahmens gehört auch, dass die Pädagoginnen und Pädagogen bestimmen, wo deutlich erwachsene Verantwortung bleibt und Grenzen der Mitbestimmung gesetzt sind. Da Kinder noch nicht völlig mündig sind, bleibt es die Aufgabe der Erwachsenen, zu klären, welche Entscheidungen sie im Interesse der Ermöglichung und des Erhalts der zukünftigen Mündigkeitspotenziale der Kinder stellvertretend für diese fällen wollen. Allerdings müssen den Kindern diese Entscheidungen begründet werden und sie müssen auch die Möglichkeit haben, gegen sie zu protestieren und zu argumentieren. Das Prinzip solcher advokatorischen Entscheidungen, die also in Stellvertretung für die Kinder handeln, ist allerdings immer, eine Maximierung von Bemündigung statt einer Entmündigung zu suchen. Eine wichtige pädagogische Aufgabe der Partizipation ist es, „Zonen nächster Entwicklung“ (Wygotzki) zu eröffnen und nicht „übernächster“, das bedeutet, dass die Herausforderung an Partizipation und Mitverantwortung für die Kinder erreichbar sein müssen. Überforderungen sind zu vermeiden, andererseits folgt aus der Unterstellung von Mündigkeit auch, dass überhaupt herausfordernde Freiräume offengestellt werden müssen. Um dieses genau leisten zu können, müssen Pädagoginnen und Pädagogen vielerlei Partizipationsmethoden kennen, besonders müssen sie moderieren und Konflikte mediieren können. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, angemessene Ausdrucksmedien für unterschiedliche Beteiligte zu eröffnen (so z. B. für „stille“ Kinder oder für solche, die eine andere Muttersprache als Deutsch haben). Zu einer gelingenden Partizipation gehört als Voraussetzung für pädagogisches Handeln allerdings auch, dass Zeit dafür vorhanden ist, dass gemeinsam Prioritäten

gesetzt werden und damit entschieden wird, wie wichtig partizipative Anstrengungen sind, dass Fortbildung in Partizipation ermöglicht wird, ebenso wie Praxisberatung.

4. Partizipationsstrukturen

Partizipation setzt auf unterschiedlichen Ebenen an, das sind die Ebene der Einzelpersonen, der Schulklassen, der Gruppen (am Nachmittag und zu bestimmten Themen), der Erwachsenen und der Statusgruppen (also Kinder, Lehrer/innen, Eltern und Pädagog(inn)en aus der Jugendhilfe). Ebenfalls gehört als Ebene der Partizipation die Ebene der Kooperation mit Partnern (aus Jugendhilfe, Sozialraum und Wirtschaft) hinzu, ebenso wie die partizipative Gestaltung mit Trägern, Politik und Schulaufsicht.

Themen der Partizipation sind zum einen die Themen der alltäglichen Lebensgestaltung in der Schule. Dabei geht es z. B. um Regeln, Raumgestaltung und Raumnutzung, Bedürfnisumsetzung, unterschiedliche Inhalte und Interessen, Freizeitgestaltung, Konflikte, Beziehungsgestaltung usw. Die Themen und Formen des Lernens, hier besonders auch im Unterricht, sind weitere Themen der gemeinsamen Mitbestimmung. Hier geht es um Inhalte, Lernmethoden, Bewertungen usw. Ein anderes Thema von Partizipation sind übergreifende Projekte und Gemeinschaftsinteressen einer Schule, so z. B. Schulhofgestaltung, Projektwochen, Feste, Wohltätigkeitsaktionen usw. Auch der Bezug zur Außenwelt und zu anderen ist ein Thema für Partizipation. Von der Schule ausgehend können Kinder üben, sich in Kommune, Kreis, Land, Stadt, Europäischer Union und der ganzen Welt zu beteiligen.

Partizipation verlangt nach vielen unterschiedlichen Formen. Sie können hier nur kurz als Liste zusammengefasst werden:

- Individuumsbezogen Formen: *Lernpläne, Krisenkonferenz, KanzlerI-in der Woche,..*
- Mediation (Ebene der Personen und Gruppen): *Pausen-Konflikt-Lotsen, Kinderanwalt, Mediationsinsel...*
- Basisdemokratie (in Klassen und Gruppen): *Klassenratschlag, Jungen- und Mädchenrat, Montagsrunde, Bericht aus Gremien, Nachmittagsrat, Spaßkomitee...*
- Repräsentativdemokratie (und öffentliche Kontrolle) für die ganze Schule: *Zwei-Kammern: offen gewähltes Kinder-Parlament und Klassenkammer (SV), altes SV- System, Statusgruppenparlament, Finanzausschuss, Personalausschuss...*
- Punktuelle, alltägliche Formen von Partizipation: *alternatives Tagesangebot, Anhörung/Dialog, Offene Teamsitzung, Meckerkasten, Ideenwände, offene Raumnutzung, Angebotsevaluation,...*
- Offene Versammlungsformen: *Schulversammlung, Altersstufenplenum,...*
- Projektorientierte Formen: *Projektwochenrat, Mitbestimmungsaktionen: Schulhofgestaltung, Raumgestaltung, Verfassungsgebung,..*

- o Mediengestützte Artikulation: *Schulzeitung, Wandzeitungen, Videoporträts, Recorderinterviews. Meinungslaufband,...*

- o Advokatorische Entscheidungen durch pädagogisches Personal: *öffentliche Begründung z.B. zu Verletzungsprävention, Minderheitenschutz, Personalentscheidung*

5. Qualitätsstandards von Partizipation

Ergebnisqualität
Hierbei geht es darum, aus den oben formulierten allgemeinen Zielen wie Demokratie lernen, Selbst- und Weltaneignung, Aneignung von Handlungskompetenzen usw. Prioritäten zu entscheiden und sie so zu operationalisieren, dass sie einerseits Handeln orientieren können, andererseits aber auch evaluierbar sind. Diese Entscheidungen für operationalisierte Ziele müssen von den pädagogisch Verantworteten in den einzelnen Schulen selbst gefällt werden.

Strukturqualität von Partizipation
Aufgrund des Platzmangels sind hier nur verkürzt einige Standards aufgelistet (ausführlich in Sturzenhecker 2005 a, Knauer/Sturzenhecker 2005):

- Partizipationskonzepte (siehe Zieloperationalisierung) und Partizipationsverantwortliche klären (Konzept partizipativ einbringen)
- Strukturelle Verankerung von Rechten auf Beteiligung
- Variationsbreite von Partizipationsverfahren und -ebenen
- Zugänglichkeit von Beteiligungsverfahren für alle Kinder und Beteiligten
- Ressourcen für Beteiligung (Zeit, engagierte Menschen, Geld, Raum,...)
- Sicherstellung von Öffentlichkeit und Information
- Sicherung von Offenheit und Entscheidungsalternativen
- Dokumentation, Evaluation und Reflektion
- Austausch, Beratung, Lernen von Anderen

Prozessqualität von Partizipation

- Anerkennung, Achtung und symmetrische Kommunikation
- Gleichheit in Differenz
- Unterstützung bei der Artikulation und Interessenpräzisierung
- Ergebnisoffenheit, Konfliktfreundlichkeit und Konfliktfähigkeit
- Aktive Zeitgenossenschaft oder: selber partizipieren
- Revidierbarkeit und das Recht auf Scheitern
- Argumentation und Moderation
- Ernstcharakter und Vertrauensvorschuss
- Freiwilligkeit

Ansprüche an Partizipation können viele begründet und erhoben werden. In der Praxis jedoch scheint es wichtig, überhaupt einen Beginn zu wagen und sich durch die vielen Anorderungen nicht abschrecken zu lassen. In den Praxisprojekten zeigt sich Partizipation als ein konstruktiver „Virus“: wenn man einmal damit begonnen hat, weitet sie sich von selbst aus.

Literatur

Fädrich, J./Jerger-Bachmann, I.: Kinder bestimmen mit: Kinderrechte und Kinderpolitik, München: 1995

Hansen, R., Knauer, R., Friedrich, B.: Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertageseinrichtungen. 2.Aufl. Kiel 2005

Laewen, H.-J.: Alien Kind – das unbekannte Wesen. Neue Forschungen über das Kind und seine Aneignung der Welt, in: klein & groß, Heft 9/1999, S. 6-16

Knauer, R. / Sturzenhecker, B.: Partizipation im Jugendalter. In: Hafeneger, B./Jansen, M. M./Niebling, T. (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen 2005 (i.E.), S. 63-93

Sturzenhecker, B.: Partizipation in der Offenen Jugendarbeit (Theorietext plus Methodenanhang). in: BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Kiste - Bausteine für die Kinder- und Jugendbeteiligung, Entwicklung und Wissenschaftliche Leitung: Prof. W. Stange, FH Lüneburg – Forschungsstelle Kinderpolitik, Vertrieb: Infostelle Kinderpolitik des Deutschen Kinderhilfswerkes, Berlin 2005 a(i.E.)

Sturzenhecker, B.: Partizipation als Recht von Jugendlichen, in: deutsche jugend, Heft 6/2005 b, S. 255-262